

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

1. *Wird Ihre Partei die Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Dienstleistungen wie z.B. im ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum weiter stärken?*



Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern“, das im Mai 2021 im Landtag verabschiedet wurde, sind eine Reihe von Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung in Kraft getreten. Die Einstiegsgehälter in den Besoldungsgruppen A 13, A 14 und R 1 sollen aufgrund des besonderen Wettbewerbsdrucks um Nachwuchskräfte im Höheren Dienst durch die Streichung der jeweiligen Eingangsstufe erhöht werden. Im privaten Dienstleistungssektor ist es die Aufgabe der Tarifparteien, die Personalausstattung bedarfsgerecht vorzusehen. Die Tarifautonomie ist für uns ein hohes Gut.



Kontinuierlich haben wir uns im Parlament für eine angemessene Personalausstattung eingesetzt. Insbesondere haben wir für die Bereiche Schule und Hochschule, Polizei, Justiz, Finanzämter und Naturparkverwaltungen mehr Personal gefordert.



Wir streben eine leistungsfähige und flächendeckende Daseinsvorsorge in Mecklenburg-Vorpommern an. Dazu gehört eine angemessene Personalausstattung.



Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland. Dies erfordert besondere Anstrengungen, die Infrastruktur im gesamten Land aufrechtzuerhalten. Die FDP-Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass sich Land, Kreise und Kommunen dieser Herausforderungen stellen. Wir haben deshalb bereits in der Vergangenheit die Kreisgebietsreform und die Gerichtsstrukturreform abgelehnt da beide Reformen zu einem Rückzug des Staates aus der Fläche geführt haben. Wir setzen uns deshalb auch dafür ein, die Personalausstattung des öffentlichen Dienstes sowie der privatisierten Dienstleistungen im ländlichen Raum bedarfsgerecht zu stärken.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Wir GRÜNE möchten die Zukunft attraktiv gestalten. Dazu gehört für uns ein handlungsfähiger Staat auf Grundlage eines bedarfsorientierten Personalkonzepts und einer fortlaufend verbesserten Verwaltungsorganisation. Privatisierungen in den Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge waren oft nachteilig. Die Folgen sehen wir heute beispielsweise bei der medizinischen Versorgung. Wir lehnen weitere Privatisierungen der öffentlichen Infrastruktur ab. Wir wollen den ländlichen Raum mit einem attraktiven und deutlich ausgebauten ÖPNV Angebot weiter stärken.

2. *Wird Ihre Partei die künftigen Tarifergebnisse mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen?*



Ja, die SPD steht weiterhin für die zeit- und systemgerechte Übertragung künftiger Tarifergebnisse in das Besoldungsrecht.



Ja, wir setzen uns grundsätzlich für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten und Versorgungsempfänger ein.



Die Corona-Krise hat zu erheblichen Steuerausfällen geführt. Die derzeitige Landesregierung hatte bereits in ihrer letzten Vor-Corona-Finanzplanung mittelfristige Finanzierungslücken von über 500 Millionen Euro. Zusätzlich hat sich die Landesregierung in der Corona-Krise 2.850 Millionen Euro Kredite genehmigt, die zukünftige Haushalte mit Zins und Tilgung belasten werden. Angesichts dieser Altlasten der bisherigen Landesregierung befürworten wir eine zurückhaltende Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren. Die Corona-Krise hat auch gezeigt, wie wertvoll Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zum Privatsektor sind, in dem es Kurzarbeit und Entlassungen gab.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Für die FDP Mecklenburg-Vorpommern ist es wichtig, dass auch die Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilhaben. Hierzu ist die Höhe der Besoldung regelmäßig auf ihre Angemessenheit zu überprüfen und bei Bedarf anzuheben. Die künftigen Tarifergebnisse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder sind ein guter Maßstab. Wir befürworten deshalb eine entsprechende Übertragung.



Ja, mit uns wird es eine Übertragung der Tarifergebnisse der TdL Eins-zu-Eins auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen geben. Das ist für uns ein wichtiger Baustein zum Erhalt eines attraktiven öffentlichen Dienstes.

3. *Wird Ihre Partei die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe im Regierungshandeln berücksichtigen und mit einer Gleichstellungsstrategie Transparenz schaffen bei der Umsetzung geplanter Maßnahmen?*



Für die SPD ist die Gleichstellungspolitik gelebte Praxis, die immer wieder fortentwickelt wird. Dabei nimmt unsere Gleichstellungsstrategie eine wichtige Rolle ein.



Ja. Die Gleichstellung als Verfassungsauftrag ist bei allen Fortschritten immer noch nicht vollumfänglich umgesetzt. Wir setzen uns für ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm ein.



Wir verstehen den Auftrag der Landesverfassung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern als Auftrag zur Verwirklichung von Chancengleichheit. Über Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst sollen daher nur Eignung, Befähigung und Leistung entscheidend sein und nicht das Geschlecht. Ein Verständnis von Gleichstellung, dass in jedem Bereich und auf jeder Hierarchieebene eine Geschlechterparität anstrebt, lehnen wir ab.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Frauen und Männer müssen gleiche Chancen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt haben. Beim Vorankommen durch eigene Leistung darf das Geschlecht keine Rolle spielen. Selbstverwirklichung muss für alle Menschen möglich sein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung fördern.



Frauen und Männer haben die gleichen Rechte, in Deutschland bisher aber nur formal. Die vollständige und tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter muss sich auch in gleicher Entlohnung und gleichwertiger Arbeit niederschlagen. Um Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen zu gewährleisten, wollen wir GRÜNE in MV eine umfassende Gleichstellungsstrategie erstellen und umsetzen. Durch eine paritätische Besetzung von Aufsichtsgremien bei Institutionen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung möchten wir zu mehr Gleichberechtigung beitragen.

4. *Wird Ihre Partei sich in den künftigen Doppelhaushalten für die Einführung des Gender Budgeting und damit für einen geschlechtergerechten Landeshaushalt mit dem Ziel einsetzen, in die Planung der Haushaltsmittel die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse von Frauen und Männern einfließen zu lassen?*



Für die SPD ist die Gleichstellungspolitik seit Jahrzehnten eine selbstverständliche Querschnitts- und Daueraufgabe. Deshalb werden wir sie auch ständig weiterentwickeln. Mit Blick auf die geforderte Gleichstellungsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern wird bei einer konsequenten Umsetzung das Gender-Budgeting zwangsläufig eine wichtige Rolle einnehmen. Der finanzpolitische Baustein für eine gelungene Gleichstellungsstrategie erkennt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenszusammenhängen an, um mit einer umfassenden Folgenabschätzung für echte Gleichstellung zu sorgen. Dabei muss man im Blick behalten, dass es eine kleinteilige Aufgabe in allen Bereichen sein wird. Daher ist es wichtig, dass diese Aufgabe in den öffentlichen Verwaltungen auf allen Ebenen

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

nicht nur in der Planung, sondern auch in der täglichen Praxis als selbstverständlich angesehen wird. Ein Konzept für den nächsten Doppelhaushalt des Landes MV wurde in unseren Gremien jedoch noch nicht erarbeitet. Einem umsetzungsreifen Vorschlag des dbb gegenüber wären wir aufgeschlossen.



Ja. Hierzu haben wir bereits mehrfach parlamentarische Initiativen ergriffen. Öffentliche Einnahmen und Ausgaben haben geschlechtsspezifische Auswirkungen. Auch bei der Aufstellung des Landeshaushaltes ist der Verfassungsauftrag der Gleichstellung von Frauen und Männern umzusetzen. Die Doppelhaushalte des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurden bislang nicht äußerlich sichtbar unter der Prämisse „Gender Budgeting“ aufgestellt. Dies muss sich spätestens mit der Aufstellung des kommenden Doppelhaushaltes ändern. Mindestens anhand ausgewählter Titel muss mit der geschlechtergerechten Haushaltsaufstellung begonnen werden.



Seit Gründung unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern besitzen Männer und Frauen das Wahlrecht. Wir sind überzeugte Demokraten. Wir vertrauen darauf, dass die Männer und Frauen unseres Landes stets in der Lage waren und sein werden, zu erkennen, ob die Politik ihren persönlichen Lebensbedürfnissen gerecht wird oder nicht. Dazu bedurfte es bisher und bedarf es zukünftig keines Gender Budgetings.



Wir Freie Demokraten wollen nicht nur die gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern, sondern echte Chancengleichheit. Hierzu gehört auch, Frauen und Männern grundsätzlich den gleichen Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln zu ermöglichen. Wir unterstützen deshalb eine Analyse und Gestaltung der öffentlichen Haushaltspolitik damit haushaltspolitische Entscheidungen, Maßnahmen, Programme und Gesetze gleiche, zumindest aber vergleichbare Auswirkungen auf Frauen und Männer haben. Dies darf aber keinen Selbstzweck erfüllen, sondern muss sich an echten Bedarfen orientieren, sofern diese geschlechtsspezifisch feststellbar sind.



Ja, wir werden uns für Gender Budgeting einsetzen, denn Frauen tragen in vielen gesellschaftlichen Krisen einen Großteil der Verantwortung, so auch in der Corona Pandemie. Die Verteilung von öffentlichen Mitteln des Landes muss dies

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

berücksichtigen und gleichzeitig den unterschiedlichen Lebensrealitäten von Männern und Frauen gerecht werden.

5. *Wird Ihre Partei Maßnahmen ergreifen, wonach die Arbeit im öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher wird?*



Die Digitalisierung der Landesverwaltung wird sowohl für die Landesverwaltung selbst als auch für die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Flexibilität und Familienfreundlichkeit sorgen. Allein die Möglichkeiten des Homeoffice haben in der Corona-Pandemie gezeigt, dass dieses Verfahren praxistauglich auch gerade für den öffentlichen Dienst ist. Über die bereits eingestellten Haushaltsmittel wurden im MV Schutzfonds zusätzliche Mittel für die schnellere Digitalisierung in allen Bereichen der Landesverwaltung bereitgestellt. Selbstverständlich bleibt die Digitalisierung der öffentlichen Hand auch in der 8. Wahlperiode eine Daueraufgabe, die entsprechend ausfinanziert werden muss.



Wir unterstützen alle sinnvollen Maßnahmen, die die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher machen. Dazu gehören zum Beispiel digital gut ausgestattete Arbeitsplätze und Lebensarbeitszeitmodelle.



Wir stehen grundsätzlich allen Maßnahmen positiv gegenüber, die den öffentlichen Dienst attraktiver machen, soweit sie in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen.



Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in der modernen Gesellschaft, die immer stärker beide Elternteile in der Erwerbstätigkeit sehen will, ein großes Thema. Verbesserungspotenzial sehen wir im Bereich Home-Office und damit verbunden die Ausweitung einer digitalen Verwaltung. Zusätzlich müssen Arbeitszeitmodelle flexibler gestaltet werden können. Durch die Ausweitung der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten werden wir unabhängig vom Beruf der Eltern die Kinderbetreuung verbessern. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich darüber hinaus für einen Paradigmenwechsel in der Kinderbetreuung ein. Wir wollen weg von Betreuungsangeboten, die überwiegend der angemessenen Unterbringung von Kindern dienen, hin zu einer bildungsorientierten Kinderbetreuung, welche diesen auch ein pädagogisches Angebot macht.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Hoch qualifizierte und motivierte Beschäftigte sind für einen aktiven, handlungsfähigen Staat ein wesentliches Element. Mit ihnen wird eine gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge zum Wohle der Gemeinschaft gewährleistet. Das Land muss als Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Köpfe attraktiv sein. Dafür muss sich der öffentliche Dienst an die vielfältigen Arbeitswelten und flexiblen Arbeitszeiten anpassen. Niemand kann ohne einen sicheren Arbeitsplatz seine oder ihre Zukunft planen oder gar eine Familie gründen. Wir fordern daher flexiblere Möglichkeiten bei der Vergütung von Arbeitsverhältnissen und einen Verzicht auf sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse. Wir wollen außerdem weitere Anreize für Beschäftigte schaffen, die die Arbeit im öffentlichen Dienst nicht nur flexibler und familienfreundlicher, sondern auch insgesamt attraktiver für Arbeitnehmer*innen machen wird. Dazu zählen beispielsweise Jobtickets, Radleasing, digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres mobiles Arbeiten.

6. *Wird Ihre Partei sich für eine umfassende Analyse der Auswirkungen der Coronamaßnahmen in allen Bereichen einsetzen und transparent machen?*



Es ist von herausragender Wichtigkeit für jetziges und zukünftiges Regierungshandeln, die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen zu analysieren, um daraus notwendige Maßnahmen abzuleiten. Diese Analysen und Maßnahmen werden selbstverständlich transparent sein. Denn es werden erforderliche Gesetze und natürlich zukünftige Landeshaushalte in öffentlichen Debatten im Landtag beraten und veröffentlicht. Zu vielen Themen wird es auch wie gewohnt öffentliche Anhörungen im Landtag geben. Auch notwendige Verordnungen werden immer im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht.



Ja. Für uns ist es klar, dass die Auswirkungen der Corona-Krise auf alle Lebensbereiche transparent und umfassend analysiert werden müssen, damit wir die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen können. Entsprechende Anträge haben wir bereits in den Landtag eingebracht, die jedoch von der Regierungskoalition abgelehnt wurden.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Ja, wir streben eine umfassende Aufarbeitung der Coronapolitik der bisherigen Landesregierung an. Wir sind der Auffassung, dass viele Maßnahmen der Landesregierung unverhältnismäßig und schädlich waren. Eine Aufarbeitung ist zur Beurteilung der verantwortlichen Politiker erforderlich, und, um mit künftigen Krisen besser umzugehen.



Während der Corona-Pandemie ist vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stellenwert des öffentlichen Dienstes für Staat und Gesellschaft bewusst geworden. Insbesondere die öffentlich Beschäftigten in den Krankenhäusern, den Gesundheitsämtern, aber auch bei der Polizei und der allgemeinen Verwaltung haben Überobligatorisches geleistet. Die öffentlich Beschäftigten waren damit auch von den Coronamaßnahmen besonders betroffen. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern hat die Corona-Pandemie zu keinem Zeitpunkt geleugnet, gleichwohl aber die Sinnhaftigkeit der Coronamaßnahmen der Landesregierung stets kritisch hinterfragt. Wir setzen uns weiterhin für eine umfassende Analyse nicht nur der Auswirkungen der Coronamaßnahmen ein, sondern auch für eine Überprüfung ihrer Wirksamkeit und Notwendigkeit. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind transparent darzustellen und öffentlich zu machen. Denn man muss feststellen, dass die Landesregierung auf Corona nicht vorbereitet war und es auch in mehr als 12 Monaten Pandemie nicht geschafft hat, ein Pandemiekonzept zu erstellen. Die nächste Pandemie kommt mit Sicherheit. Die Verantwortung vor der enormen Leistung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gebietet es, eine Wiederholung dieser Planlosigkeit zu verhindern.



Die Coronakrise ist nach dem Klimawandel die größte Herausforderung unserer Zeit. Um die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen zu erkennen, müssen wir die Krise aufarbeiten und transparent analysieren, welche Bereiche auf welche Art betroffen sind. Nur so kann uns beispielsweise der Neustart der Wirtschaft oder das Ausgleichen von entstandenen Bildungslücken gelingen. Offenbar gewordene Schwachstellen unseres Gesundheitssystems und der Digitalisierung müssen schnell beseitigt werden.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

7. *Wird Ihre Partei sich für Möglichkeiten eines flexiblen Renten- bzw. Pensionseintritts und für ein gesichertes Leben im Alter einsetzen?*



Ein gesichertes Leben im Alter ist für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Mit der durch die SPD im Bundestag initiierte Rente für langjährig Versicherte (Rente mit 63 Jahren) wurde eine gerechte Möglichkeit geschaffen, von der Regelaltersgrenze mit 67 Jahren abzuweichen. Diese Maßnahme soll nicht zurückgenommen werden. Aber darüberhinausgehende neue Regelungen sind nicht geplant. Die Alterssicherung ist für die SPD von herausragender Bedeutung. Dazu zählt insbesondere die Grundrente für Menschen, die lange gearbeitet und trotzdem wenig Rentenansprüche erworben haben. Bei Versorgungsempfängern sorgt die verfassungsrechtliche Alimentationspflicht für Sicherheit im Alter. In Mecklenburg-Vorpommern ist dies mit dem Landesbesoldungsrecht abgesichert. Daneben unterstützen viele Arbeitgeber durch Betriebsrenten, wie z.B. der öffentliche Dienst mit der VBL.



Ja, wir haben bereits entsprechende Vorschläge in den Landtag eingebracht. Flexible Renten- und Pensionseintritte sind nicht nur als Anerkennung für ein langes Berufsleben wichtig, sondern sind auch ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt.



Für uns ist der Eintritt in den Ruhestand eine individuelle Entscheidung. Wir möchten der höchstpersönlichen Entscheidung, kürzer oder länger zu arbeiten unter Inkaufnahme der finanziellen Folgen Raum geben. Ebenso ist die Verhinderung von Altersarmut ein zentrales Ziel unserer Sozialpolitik. Wir wollen, dass Richter und Staatsanwälte bei Erreichen der Altersgrenze in flexiblen Modellen weiterarbeiten können, wenn sie es wollen und ein dienstlicher Bedarf hierfür besteht. Angesichts des Personalmangels in den juristischen Berufen, der sich aufgrund der bevorstehenden Pensionierungswelle noch verschärfen wird, ist auf diese Weise eine Erleichterung möglich, die beiden beteiligten Seiten nützt.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Die Dimension des demographischen Wandels wird auch im öffentlichen Dienst massiv unterschätzt. Gemeinsam mit den Betroffenen müssen Konzepte entworfen werden, wie Laufbahnen reformiert und Arbeitsplätze angepasst werden können, da ansonsten mit steigendem Alter die Ausfallzeiten zunehmen und die Altersgrenze für den Ruhestand nur in wenigen Fällen erreicht werden dürfte. Natürlich sind auch im öffentlichen Dienst nicht alle Stellen gleichermaßen für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geeignet. Ein flexibler Renten- bzw. Pensionseintritt - auch zu einem späteren Zeitpunkt als der derzeitigen Regelaltersgrenze - kann deshalb eine Möglichkeit sein. Die FDP setzt sich dafür ein, gemeinsam mit den Tarifpartnern die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes so zu gestalten, dass diese über die gesamte Laufbahn der Beschäftigten ein attraktives und altersgerechtes Umfeld bieten.



Flexibleren Modellen für Arbeitszeit und Renten-bzw. Pensionseintritt stehen wir GRÜNE offen gegenüber, solange die Handlungsfähigkeit des Staates gewährleistet ist. Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente oder den Ruhestand gehen wollen.

8. *Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass der jeweilige Stellenplan einer Behörde mit der tatsächlichen spitzen Stellenbewertung sowohl für Arbeitnehmer als auch für Beamte in Übereinstimmung gebracht wird?*



Unser Ziel ist es, den Stellenplan so umzusetzen, dass die Stellen auch entsprechend der behördlichen Anforderungen besetzt werden. Dabei ist herauszustellen, dass die Stellenbewirtschaftung ein ständiger Prozess ist. Der einmal alle zwei Jahre im Doppelhaushalt festgelegter Stellenplan unterliegt ständiger Veränderungen durch Personalwechsel.



Ja, zur Haushaltsklarheit und -wahrheit gehört für uns auch eine möglichst genaue Übereinstimmung von Stellenplänen mit der tatsächlichen Stellenbesetzung. In begründeten Einzelfällen müssen auch Abweichungen hingenommen werden, jedoch

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

darf sich eine fehlende Übereinstimmung in Größenordnungen zwischen Plan und Ist nicht verfestigen.



Wir halten die Übereinstimmung von Stellenbewertung und Stellenplan für erstrebenswert.



Die Besoldung muss der erbrachten Leistung entsprechen. Es ist nicht angängig, dass Stelleninhaber mit Verweis auf fehlende Haushaltsmittel nicht entsprechend der Bewertung ihrer Stelle besoldet werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass der jeweilige Stellenplan einer Behörde mit der tatsächlichen spitzen Stellenbewertung in Übereinstimmung gebracht wird, sofern die Stellenbewertung spitz erfolgt. Grundsätzlich sprechen wir uns dort für eine Bündelung der Dienstposten aus, wenn es sachliche Gründe hierfür gibt oder eine personalwirtschaftliche Notwendigkeit besteht, weil ein Dienstposten ein vielfältiges Spektrum an Aufgaben umfasst. Dies ermöglicht, abhängig von steigender Erfahrung und Leistung das vorgesehene Endamt des Dienstpostens zu erreichen.



Die zuverlässige Erfüllung der staatlichen Aufgaben erfordert eine adäquate, aufgabenorientierte Personalausstattung. Der Fachkräftemangel ist auch bei der Landesverwaltung angekommen. Um dem entgegenzuwirken, müssen Stellenpläne bedarfsgerecht aufgestellt und entsprechende Mittel in den Haushalten zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch die sachgerechte Bewertung der Stellen.

9. *Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, Sonderzahlungen (wie Polizei, Feuerwehr, Justiz etc.) ruhegehaltsfähig zu machen?*



Nein, es ist seit vielen Jahren politischer Konsens, dass die Sonderzahlungen die Risiken im aktiven Dienst honorieren. Diese Risiken sind im Ruhestand nicht mehr gegeben.



Ja, wir sind der Auffassung, dass Sonderzahlungen ruhegehaltsfähig sein sollten.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Wir halten die Ruhegehaltsfähigkeit solcher Sonderzahlungen für erstrebenswert. Allerdings muss bei solchen Überlegungen der schwierigen Finanzlage des Landes Mecklenburg-Vorpommerns Rechnung getragen werden.



Bei Sonderzahlungen ist stets der Anlass der Zahlung zu berücksichtigen. Handelt es sich um Gehaltsbestandteile, so sind diese ruhegehaltsfähig, handelt es sich aber um Sonderzahlungen, um zum Beispiel ausschließlich besondere Aufwendungen abzugelten, sind diese nicht ruhegehaltsfähig. Hier sollte klar festgelegt werden, welchen Charakter Zulagen und Sonderzahlungen haben und eine Ruhegehaltsfähigkeit automatisch folgen, je stärker diese als Gehaltsbestandteil zu betrachten sind.



Die Besoldungszahlungen und die Versorgung müssen den spezifischen Anforderungen der einzelnen Berufsgruppen entsprechen. Sonderzahlungen sind für uns geeignete Mittel zur Differenzierung.

10. *Wird Ihre Partei sich für eine Wiedereinführung der bundeseinheitlichen Besoldung einsetzen?*



Nein, für eine notwendige verfassungsrechtliche Änderung sehen wir zwischen den Ländern und dem Bund auf absehbare Zeit keine politischen Mehrheiten.



Ja, das Auseinanderdriften der bundesweiten Besoldung haben wir von Anfang an kritisiert. Heute erleben wir wie befürchtet einen Wettbewerbsföderalismus zum Nachteil der finanzschwächeren Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Wir lehnen bundeseinheitliche Regelungen ab. Wir sind der Auffassung, dass jedes Land und der Bund unter Wahrung der Grundsätze des Berufsbeamtentums eigene Ansätze finden sollen, die den jeweiligen Bedürfnissen und Umständen Rechnung tragen.



Die Übertragung der Besoldung auf die Länder führt zu Differenzen zwischen Bund und Ländern, sowie zwischen den Ländern. Bundesländer mit schlechterer Besoldung werden künftig große Schwierigkeiten haben, Nachwuchs zu finden. Eine bundesweit gleichermaßen gut funktionierende Verwaltung ist damit in Gefahr. Wir halten deshalb eine Wiedereinführung der bundeseinheitlichen Besoldung sowie die Gleichwertigkeit der Dienstpostenbewertung in allen Ländern und beim Bund für den richtigen Weg.



Der Wettbewerbsföderalismus mit der unterschiedlichen Besoldung war ein Fehler. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Grundsatz, der nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen den Bundesländern gelten muss. Aus unserer Sicht würde dies die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes in MV steigern.

11. *Wird Ihre Partei sich im Tarifbereich dafür einsetzen, wieder gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen zu verhandeln? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie versuchen, dieses Vorhaben umzusetzen?*



Zuletzt hat es 2005 gemeinsame Tarifverhandlungen gegeben. Seitdem verhandeln Bund und Kommunen gemeinsam und die Länder extra für sich. Im Moment gibt es keine konkreten Pläne der SPD, die gemeinsamen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Dieser Aufgabe müssen sich insbesondere die Tarifparteien widmen. Wenn auf dieser Ebene Einigkeit erreicht werden kann, sind wir selbstverständlich bereit, das politisch zu begleiten.



Ja, da wir eine bundeseinheitliche Besoldung wollen, unterstützen wir auch gemeinsame Verhandlungen mit Bund, Ländern und Kommunen im Tarifbereich. Wie

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

bei der Frage der bundeseinheitlichen Besoldung auch, sind dazu gemeinsame Gespräche mit den Vertretern aller Ebenen sowie den Gewerkschaften notwendig. Ein erster Schritt ist hierzu aber eine entsprechende Positionierung der neuen Landesregierung. Dann können alle notwendigen weiteren Schritte angegangen werden.



Wir sind der Auffassung, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils individuelle, ihren jeweiligen Bedürfnissen und Umständen Rechnung tragende Tarifabschlüsse anstreben sollten.



Ja, wir wollen uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen zu verhandeln. Dies kann durch die Gründung einer Tarifgemeinschaft gelingen, für die wir uns einsetzen.



Verhandlungen mit vielen Vertragspartnern mit sehr unterschiedlichen Interessen sind von Natur aus komplexe Unterfangen. Wir haben keine konkreten Maßnahmen geplant, wären aber bereit, Gespräche mit der TdL und den Vertreter*innen von Bund und Kommunen für den TVöD zu führen, um Möglichkeiten auszuloten.

12. *Wird Ihre Partei weitere Maßnahmen ergreifen, um die Attraktivität der öffentlichen Hand weiter zu erhöhen, um eine Abwanderung zum Bund oder in andere Bundesländer zu verhindern?*



Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern steht zum öffentlichen Dienst und zur Stärkung der Tarifbindung. (Siehe auch Antwort zu 1. + 14.)

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021



Ja. Wir haben im Landtag bereits verschiedene Vorschläge gemacht. Dazu gehören etwa verbesserte Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte an den Schulen, eine Absenkung der Pflichtstundenzahlen oder auch bessere Aufstiegschancen im ehemaligen mittleren Dienst in der Justiz oder den Finanzämtern.



Es gibt die zunehmende Tendenz, im öffentlichen Dienst sachfremde Kriterien wie Geschlecht und Herkunft als Merkmal bei Personalentscheidungen zu betonen. Der Vorwurf des strukturellen Rassismus wird immer aggressiver vorgetragen. Wir werden dafür sorgen, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in MV davor geschützt werden. In unserem Bundesland müssen keine Beamten knien. Seinen Dienst in Würde und mit objektiven Beurteilungskriterien versehen zu können, ist von enormer Bedeutung für die Wahl des Dienstherrn und die Arbeitszufriedenheit.



Wir setzen uns dafür ein die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge drastisch zu kürzen. Der öffentliche Dienst darf nicht der Arbeitgeber mit der größten Anzahl an befristeten Arbeitsverträgen sein, wie das in den letzten Jahren der SPD-geführten Landesregierung der Fall war. Zudem wollen wir bessere Aufstiegschancen schaffen. Des Weiteren müssen auch im Bereich des Entgeltes Verbesserungen kommen, um im Wettbewerb um die besten Kräfte auch mit der freien Wirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben. Um eine Abwanderung zum Bund oder in andere Bundesländer zu verhindern, setzen wir uns für eine bundeseinheitliche Besoldung ein.



Die Digitalisierung und Optimierung der Verwaltungsprozesse steigert die Attraktivität des Öffentlichen Diensts als Arbeitgeber. Um die Attraktivität einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu erhöhen, möchten wir sachgrundlose Befristungen abschaffen und flexible Möglichkeiten bei der Vergütung von Arbeitsverhältnissen schaffen.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

13. Wird Ihre Partei die Nachwuchsgewinnung spürbar verbessern?



Die besondere Herausforderung in den nächsten Jahren wird die Wiederbesetzung von Stellen sein, die durch Ruhestand und Renteneintritte frei werden. Um den Wissenstransfer erfahrener Mitarbeiter zu den Nachfolgern zu gewährleisten sind bereits mit dem Haushaltsgesetz 2020/2021 entsprechend § 8 Absatz 7 Nr. 13 die Möglichkeit der Doppelbesetzung im Rahmen des Fonds „Handlungsfähige Landesverwaltung“ zur vorfristigen Stellenwiederbesetzung geschaffen.

Um den besonderen Handlungsdruck bei Lehrerstellen in den Schulen zu begegnen, wurde der Bildungspakt für „Gute Schule 2030“ vereinbart. Ziel ist es, den Ausbildungs- und Arbeitsplatz Schule langfristig attraktiver zu gestalten und zukunftsfest zu machen. Im Bereich Bauingenieurausbildung wurden 2,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um die standortübergreifende Ausbildung in M-V voranzubringen, sodass mehr Absolventen im Land ihre Arbeit aufnehmen, um dem Fachkräftemangel an der Stelle zu begegnen.

Darüber hinaus haben wir mit dem kürzlich verabschiedeten Besoldungsneuregelungsgesetz MV verschiedene Möglichkeiten geschaffen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver zu machen.



Ja. Wir sind aufgeschlossen für alle geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Nachwuchsgewinnung. Wir brauchen in jedem Fall Übernahme- und Entwicklungsperspektiven für alle jungen qualifizierten und engagierten Auszubildenden und Anwärter.



Wir werden die Ausbildungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes in Mecklenburg-Vorpommern wie z.B. die FH Güstrow angemessen personell und materiell ausstatten. Wir werden durch attraktive, zielgruppengerechte Kampagnen um Nachwuchs werben.



Wir werden die Berufe für das digitale Zeitalter vorbereiten, um insbesondere junge Menschen auch beruflich aus ihrer Lebenswirklichkeit abzuholen. Ein besonderes

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Augenmerk ist auf die Ausbildung zu legen. Es ist leichter, im Land ausgebildete Menschen für eine Weiterbeschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen als Menschen aus anderen Bundesländern für eine Beschäftigung bei uns anzuwerben. Zusätzlich müssen die Karrierechancen und die Bezahlung verbessert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zudem ein Schlüssel zum Erfolg um junge Menschen, vor allem aber Frauen, für den öffentlichen Dienst zu begeistern.



Die öffentliche Hand muss als Arbeitgeber gerade bei jungen Menschen besonders attraktiv sein und sich den Anforderungen und Lebensrealitäten der nachfolgenden Generation von Angestellten und Beamten anpassen. Dazu wollen wir durch die digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und die Möglichkeit des mobilen Arbeitens den öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher gestalten. Weitere Angebote wie Jobtickets und Radleasing runden unsere Strategie ab.

14. *Wird Ihre Partei weitere Vorhaben benennen, die positive Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst und den privatisierten Dienstleistungssektor haben?*



Ein gut funktionierender und attraktiver öffentlicher Dienst sowie der private Dienstleistungssektor sind essenziell für unser Land, damit die Menschen hier gut und gerne leben. Dafür haben wir umfangreiche Maßnahmen in unser Regierungsprogramm 2021 - 2026 unter dem Titel „Verantwortung für heute und morgen“ geschrieben. Sie können es auf der Homepage des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern einsehen.



Wir wollen mit Vertretern der Beschäftigten erörtern, welche weiteren Vorhaben positive Auswirkungen haben könnten. Bei Bedarf können dies auch Modelprojekte sein.



Wir legen Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst einzig und allein die Kriterien Eignung, Befähigung und Leistung zugrunde. Wir lehnen sachfremde Kriterien wie Geschlecht, Migrationshintergrund oder sexuelle Orientierung ab. Die

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen darauf vertrauen können, dass sie selbst und ihre Kollegen ihre jeweilige Stellung aus sachgerechten Gründen erlangt haben und nicht aus Willkür oder sachfremden Modegründen. Nur so wird ein Klima gegenseitiger Achtung und vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglicht. Quoten und andere Regelungen, die ein solches positives Arbeitsklima zerstören, werden wir verhindern oder abschaffen.

Wir schützen konsequent die Mitarbeiter und das Ansehen des öffentlichen Dienstes. Tatsächliches Fehlverhalten von Mitarbeitern werden wir angemessen sanktionieren. Unberechtigten pauschalen Vorwürfen wie „strukturellem“ Rassismus, Frauen- oder Fremdenfeindlichkeit werden wir entgegentreten. Straftaten gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden wir konsequent verfolgen. Gegen Personen und Strukturen, die solche Straftaten verüben oder unterstützen, werden wir politisch und rechtlich vorgehen.



Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Digitalisierung von Behördenabläufen ein. Bei der digitalen Ausstattung der Behörden legen wir Wert darauf, dass alle E-Government-Angebote auch für die Behördenseite einen Mehrwert darstellen. Aus diesem Grund wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Beschaffung von Sachmitteln stärker berücksichtigt werden und diese ihre individuellen Wünsche und Vorstellungen besser einbringen können. Die Effizienzsteigerung durch digitale Prozesse soll dazu dienen die verfügbare Zeit effizienter zu nutzen. In den Prozess der Digitalisierung sind die Mitarbeiter einzubeziehen. Es müssen Ihnen ausreichende praxisnahe Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten unterbreitet werden. Soweit dies möglich ist, wollen wir die Büroarbeitsplätze in Behörden zu mobilen Arbeitsplätzen aufwerten.



Wir GRÜNE wollen die Einführung des sogenannten Hamburger Modells prüfen, das den Landesbeamt*innen die Möglichkeit gibt, zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung zu wählen. Wir sehen die Reform in Hamburg als einen Schritt in Richtung Bürgerversicherung. So lange es auf Bundesebene keine Mehrheit für eine Bürgerversicherung gibt, wollen wir im Land alles unternehmen, um zumindest den Beamt*innen die Wahlfreiheit bei der Krankenkasse zu ermöglichen.